

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1914

336 (24.7.1914) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Beilagen: Jeden Mittwoch „Badisches Museum“

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — Abonnementspreis: Vierteljährlich in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen 2 Mark 80 Pf., in das Haus gebracht 3 Mark, durch die Post bezogen ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf. gegen Vorauszahlung.

Anzeigengebühr: Die einseitige Kolonnenzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Nachnahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Diercksstraße 9 (Telephon-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Annoncen-Expeditionen.



Jeden Samstag „Badisches Unterhaltungsblatt“

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtsfall, Sport, Handel und letzte Telegramme Karl Binder; für Belletristik und Inzerate Mathilde Schühmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Redaktion: vormittags 1/10 bis 1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Telephon-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Diercksstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 336

73. Jahrgang.

Karlsruhe, Freitag, 24. Juli 1914.

73. Jahrgang.

Mittagsblatt.

Parteilreunde!

Sorgt für möglichst weite Verbreitung der Badischen Landeszeitung!

Das Neueste vom Tage.

Bei der Reichstagswahl in Labiau-Wehlau wurde der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei, Bürgermeister Wagner-Labiau gegen den Kandidaten der Konservativen gewählt.

Neu-Strelitz verstarb nach langem Leiden Oberkammerherr und Hofmarschall des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, Friedrich Malchahn, Reichsfreiherr zu Wartenberg und Benzlin, Königl. preussischer Generalleutnant z. D.

Die Staatsanwaltschaft in Prag beschlagnahmte sechs tschechische Morgenblätter, welche Meldungen über die österreichischen Kriegsvorbereitungen gebracht haben.

Die gestrigen Verhandlungen im Prozeß Caillaux gestalteten sich zu einer modernen Sittensatire.

Nach Meldungen aus London unterzog sich die Gemahlin des Erzherzogs Manuel einer leichten Operation.

In Swinemünde sind zwei Dampfer zusammengestoßen und gesunken. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen.

Durch Hochwasser und infolge von Wolkenbrüchen im Unterlauf ist die Strecke Geisa-Lahn auf drei bis vier Tage gesperrt.

Aus Sabonen werden große Ueberschwemmungen gemeldet.

(Weitere Nachrichten siehe unter „Letzte Telegramme“.)

Die Reichstagswahl in Labiau-Wehlau.

(Labiau, 23. Juli. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.) Bei der heutigen Stichwahl im Reichstagswahlkreis Labiau-Wehlau erhielten Bürgermeister Wagner-Labiau (Fortschr. Volksp.) 9072 Stimmen und Amtsrat Schrewe-Kleinhof (kons.) 7650 Stimmen. Ungültig waren 10 Stimmen. Bürgermeister Wagner (Fortschr. Volksp.) ist somit gewählt.

Bei der Hauptwahl am 16. Juli erhielten von 15 829 abgegebenen gültigen Stimmen: Amtsgerichtsrat Schrewe (kons.) 7522, Bürgermeister Wagner (Fortschr.) 6131 und Parteisekretär Vinde (Soz.) 2176 Stimmen. Die Konservativen haben bei der Stichwahl bloß 138 Stimmen mehr aufgebracht als bei der Hauptwahl, während die Stimmzahl der Vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten von 8307 auf 9072, also um volle 765 Stimmen gewachsen ist. Es ist also ähnlich wie bei der Hauptwahl, bei der ebenfalls ein Rückgang der Konservativen und ein Zuwachs der Liberalen Stimmen gegenüber der Hauptwahl im Jahre 1912 zu konstatieren war.

Ich bin Vandale genug, zu glauben, daß für viele Gemüter die Liebeserei für Poesie und Romane lesen bleibenden Schaden stiftet; sie erheitert, erzeugt falsche Lebensansichten, und läßt Anstrengungen und Absichten als Ineffizienz plauderieren erscheinen. *Wulver.*

Das Wehrjahr.

Roman einer Jugend von Valder Diden.

(11) (Nachdruck verboten.)

Viertes Kapitel.

Der nächste Morgen blieb dem jungen Soehelden noch einige Wochen lang als besonders grau und trüblich im Gedächtnis. Zunächst erkannte er beim Erwachen das Hotelzimmer nicht wieder, in das er sich auch nur durch einen besonderen Gnadenakt des Himmels zurückgefunden hatte, und dann fürchtete er längere Zeit, daß er bei dem Handgemenge mit Herrn Lustern-Schulze irgend welchen Schaden gelitten hätte. Wahrscheinlich einen leichten Schädelbruch, mutmaßte er, und befahl die einzelnen Teile seines Kopfes, die jetzt jeder ein selbständig schmerzhaftes Leben führten.

Vor dem Spiegel mußte er dazu noch eine Schwellung der linken unteren Gesichtshälfte feststellen, und nach längerem Nachdenken erinnerte er sich an die bewußte Ohrfeige, die er noch nichts zuvor in einer seltsamen Stimmung als eine Art Ritterschlag der See empfunden hatte. Die Schwellung selbst und auch das Brennen, das mit ihr zusammenhing, hätten ihn vielleicht nicht so sehr bedrückt, wenn nicht eine böse Zeichnung in weißer und dunkelroter Schattierung auf seiner Wange gewesen wäre, die an vier breite, hobige Finger erinnerte. Es war klar, daß man mit einem solchen Abzeichen, auch wenn es an nur ehrenvolles Räuberei und Streben gemahnte, zunächst nicht gut unter Menschen gehen konnte.

Sänftchen zog sich also in seinen eigenen Badebecken zurück, ließ die Wanne voll glühend heißen Wassers laufen und erwartete von diesem Temperaturwechsel eine vollständige Klärung seiner physischen und sozialen Lage. Von Zeit zu Zeit nahm er in die heiße, nasse Umgebung hinein eine kalte Dusche, und er merkte schon nach einer Stunde, daß die Kopfschmerzen geringer

Bisher war der Wahlkreis Labiau-Wehlau durch einen Konservativen vertreten und zwar durch den verstorbenen Ortsbürger Herrn v. Rastow, der im Jahre 1912 bei der Stichwahl mit 9104 Stimmen gegen 8694 liberale Stimmen gewählt wurde. Die Konservativen haben also bei der gestrigen Stich-

wahl 1454 Stimmen weniger, die Liberalen 378 Stimmen mehr aufgebracht im Vergleich zur Stichwahl 1912.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat nun in kurzer Zeit zwei Reichstagsmandate errungen, nämlich Labiau-Wehlau und Coburg.

Oesterreich stellt Serbien ein Ultimatum.

(Belgrad, 23. Juli. Der österreichisch-ungarische Gesandte überreichte heute abend 6 Uhr der serbischen Regierung eine Verbalnote mit den Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung.

Die Note besagt:

Aus einem Geständnis der Urheber des Attentats von Serajewo geht hervor, daß der Mord in Belgrad ausgeht, daß die Mörder Waffen und Bomben von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, daß die Beförderung von Verbrechern und Waffen von leitenden serbischen Grenzorganen durchgeführt wurde.

Die Note verlangt, daß die serbische Regierung sich verpflichtet, die verbrecherische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken und eine entsprechende Erklärung abzugeben, deren Wortlaut vorgeschrieben, im Regierungsorgan und durch Armeebefehl veröffentlicht wird. Die Note verlangt ferner u. a. sofortige Auflösung des Vereins Narodna Odbrana; die Entfernung der Offiziere und Beamten, die der Propaganda gegen Oesterreich schuldig sind; Rückrufung der Organe der österreichisch-ungarischen Regierung bei Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Donaumonarchie gerichteten Bewegung in Serbien, gerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni unter Teilnahme von österreichisch-ungarischen Delegierten und Organen an den bezüglichen Erhebungen, Verhaftungen und Festnahmen kompromittierter Persönlichkeiten, Maßnahmen gegen Waffen- und Bombenschmuggel, Freientlassung und strenge Bestrafung gewisser Organe des serbischen Grenzdienstes, Aufklärung über Aushörungen hoher serbischer Funktionäre zu dem Attentat, unverzügliche Verständigung der österreichisch-ungarischen Regierung von der Durchführung obiger Maßnahmen.

Zum Schluß wird eine Antwort der serbischen Regierung bis Samstag, den 25. Juli, abends 6 Uhr, erwartet.

Der genaue Wortlaut der Note.

Die von dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad übergebene Note hat folgenden Wortlaut:

Am 31. März 1909 hat der Königl. serbische Gesandte am Wiener Hof im Auftrag seiner Regierung der k. u. k. Regierung folgende Erklärung abgegeben:

Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde und daß es sich demgemäß den Entschuldigungen anpaßt, die die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien

den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protektors und des Wächters, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenen Oktober eingenommen hat, aufzugeben und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftig auf dem Fuße freundschaftlicher Beziehungen zu leben.

Die Geschichte der letzten Jahre nun und insbesondere das schmerzliche Ereignis des 28. Juni hat das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien ergeben, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie gewisse Teile ihrer Gebiete loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstanden ist, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Mord Ausbruch gefunden. Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königl. serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldet das verbrecherische Treiben der verdächtigten „gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die ziellose Sprache der Presse, die Verberberung von Urhebern von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Untrieben, sie duldet eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldet schließlich alle Manifestationen, die die serbische Bevölkerung zum Haß gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten.

Diese Duldung, der sich die serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment angebauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Ausfagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, daß der Mord in Serajewo in Belgrad ausgeht, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, daß sie der Narodna Odbrana angehören und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. u. k. Regierung nicht, noch länger die Haltung erwartender Bangmut zu beobachten, die sie durch Jahre hindurch jenen Treiberen gegenüber eingenommen hat, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf das Gebiet der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. u. k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, den Untrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. u. k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, daß

treffende junge Herr bin ich selbst. Ich habe allerdings bis vor kurzem die Schule besucht, bin aber durch selbständige Studien und praktische Erfahrungen so sehr über meine Umgebung gereift, daß ich...

Hier hörte man lachen, dann wurde, anscheinend durch eine Ungeklärtheit des Telefonfräuleins, die Verbindung jählings abgebrochen, und Sänftchen konnte auf seine verschiedenen Salos von Herrn Direktor Biterjen keine Antwort mehr bekommen.

„Gottlob, daß ich nicht so nervös bin wie mein alter Herr,“ murmelte er zufrieden, legte den Hörer wieder auf die Gabeln und begann nach kurzem die Kampagne von neuem.

Zunächst erklärte er dem Fräulein vom Amt, daß eine so ungläubliche Bummellei, wie sie ihm da eben passiert sei, in Berlin unmöglich wäre. Er hätte keine Zeit schließlich nicht gestohlen, und verbäte sich dergleichen ein- für allemal.

„Was wollen Sie noch?“ schrie er erbot, als die angegriffene Beamtin sich diesen Ton verbat. „Rufen Sie mir sofort die Aufsicht her!“ befahl er. „Mit Ihresgleichen schlage ich mich noch lange nicht herum, Sie Bute!“

Sein entschiedenes Auftreten schien zu wirken, denn gleich darauf meldete sich eine Männerstimme und gab an, dem Aufsichtsbearbeiter zu gehören.

„Sehen Sie mal dem Frauensimmer den Kopf zurecht, wenn ich bitten dürfte!“ rief der tapfere Hans, der über diesen herzhafte Streit sein Schädelbrummen völlig vergaß und in seinem sonderbaren Schlafanzug sehr bequem, aber kampflustig, im Bett lag.

Der Beamte erklärte, den Namen des Beschwerdeführers zu brauchen, und als Hans seinen „Baron Schrötter aus Berlin“ kundgegeben hatte, wurde ihm der Bescheid, daß man eine Klage gegen ihn anstrengen würde. Er hätte mit dem Ausdruck „dumme Bute“ eine Beamtenebeidigung begangen und würde weiteres hören.

„Sie scheinen Ihren Beruf nicht ganz richtig aufzufassen, mein Herr!“ schrie Hans in den Apparat hinein, beschloß dann aber, die ganze Sache, die ihn auf seinem Weg nicht weiterbringen konnte, fahren zu lassen, und hing den Hörer endgültig an. Mit Befriedigung bemerkte er, daß schon wieder fast eine halbe Stunde vergangen war und die Stunde der Befreiung aus diesem öden Hotelgefängnis näher rückte.

(Fortsetzung folgt.)

heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszureißen, die ihr angehören, daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königl. serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs am 26. (13. Juli) nachfolgende Erklärung veröffentlicht:

Die Königl. serbische Regierung verurteilt die gegen Oesterreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der österreichisch-ungarischen Monarchie Gebiete loszureißen, die ihr angehören und sie bedauert aufrichtig die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen. Die Königl. serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundschaftlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königl. Regierung durch ihre Erklärung vom 21. März 1909 feierlich verpflichtet hatte. Die Königl. Regierung, die jeden Gedanken oder Versuch einer Einmischung in die Geschichte der Bewohner, was immer für eines Teiles Oesterreich-Ungarns, mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen werde, die sich derartigen Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und sie zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen werde.

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königl. Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Regierung veröffentlicht werden.

Die Königl. serbische Regierung verpflichtet sich überdies:

1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizen und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist.
2. Zur sofortigen Auflösung des Vereins Narodna Odbrana überzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn beschäftigen. Die Königl. Regierung wird die nötigen Maßnahmen treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen.
3. Ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn zu nähren.
4. Aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn schuldig sind und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Kaiserl. und Königl. Regierung bekannt zu geben.
5. Einzuwilligen, daß in Serbien Organe der K. K. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken.
6. Eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplottes vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden. Von der K. K. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen.
7. Mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Boja Pantofic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbische Staatsbeamte, vorzunehmen, die durch die Ereignisse der Untersuchung kompromittiert sind.
8. Durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivstoffen über die Grenze zu verhindern. Jene Organe des Grenzdienstes von Schabaz und Bogica, die den Urhebern des Attentats von Serajewo bei dem Uebertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und streng zu bestrafen.
9. Der K. und K. Regierung Aufklärung zu geben über die nicht zu redigierenden Aeusserungen hoher Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung unangemessen, sich nach dem Attentat vom 28. Juni zu Interviews in feindseliger Weise gegen Oesterreich-Ungarn ausgesprochen.
10. Die K. K. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den fraglichen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

Die K. K. Regierung erwartet die Antwort bis spätestens Samstag, den 25. Juli, um 6 Uhr nachmittags.

Die Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo.

Der Note an die serbische Regierung ist folgendes Schriftstück über das Ergebnis der Untersuchung in Belgrad beigegeben:

Beilage: Die seitdem von dem Gericht in Serajewo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni dieses Jahres begangenen Mordes begangenen Strafurteile, wegen Missethat anhängige Strafuntersuchung bis bisher folgende Feststellungen ergeben:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Serajewo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gabrilo Princip, Gubinowitsch, einem gewissen Milan Ciganowitsch und Trisko Grabes unter Beihilfe des Majors Boja Pantofic ausgeführt.
2. Die sechs Bomben und die vier Brotoningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden diesen in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovic und einem Major verhaftet und übergeben.
3. Die Bomben hatte Sandgranaten, die einem serbischen Waffendepot entstammten.
4. Um das Gelingen des Attentats zu sichern, wurden die Attentäter in der Handhabung der Sandgranaten und in einem serbischen Walde im Schießen mit Brotoningpistolen unterrichtet.
5. Um den Attentätern den Uebergang über die bosnisch-herzegowinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganz geheimes Transportsystem organisiert. Der Eintritt der Verbrecher nach Bosnien und der Herzegowina wurde von Grenzwachposten, sowie von Postorganen und mit Hilfe mehrerer anderer Persönlichkeiten durchgeführt.

Diese Verbalnote der österreichischen Regierung an Serbien ist nichts mehr und nichts weniger als ein Ultimatum, dessen Beantwortung oder Nichtbeantwortung von den allerschwersten Folgen begleitet sein kann. Verweigert die serbische Regierung eine befriedigende Antwort, so wird der österreichisch-ungarischen Regierung nichts anderes übrig bleiben, als mit Waffengewalt die Serben zu einem anderen Verhalten gegenüber Oesterreich-Ungarn zu zwingen, also den Serben den Krieg zu erklären.

Ob dieser Waffengang zwischen Oesterreich und Serbien lokalisiert werden, d. h. auf die beiden Staaten beschränkt werden könnte, hängt natürlich in erster Linie von der Haltung der russischen Regierung ab. Die Mehrheit der staatsmännischen und politisch erfahrenen Beurteiler glauben zwar, daß Rußland den Konflikt nicht schüren, sondern im Interesse des Friedens auf seine Beilegung hinarbeiten werde. So wenig man aber die Gründe innerpolitischer und allgemeiner politischer, militärischer und finanzieller Natur unterdrücken darf, die der russischen Regierung eine Zurückhaltung nahelegen, so siehe es andererseits, die unter Umständen unheilvollen Einflüsse nationaler Strömungen und chauvinistischer Verbeugung erkennen, wenn man nicht auch mit der Möglichkeit rechnen wollte, daß Rußland sich in der Rolle eines Beschüßers Serbiens einzumischen vermute. Welche Folgen eine Einmischung Rußlands haben würde, ergibt sich ohne weiteres aus den bekannten Bündnisverträgen.

Wie im Jahre 1911 wurde auch jetzt wieder Deutschland erkläre, daß es mit seiner ganzen Macht an der Seite des verbündeten Oesterreichs steht.

Die Sachlage ist also ernst, sehr ernst, obgleich man auf der andern Seite nicht vergessen darf, daß man sich in Petersburg und Paris der Folgen einer Einmischung in die österreichisch-serbische Angelegenheit wohl bewußt ist.

Serbien wird nachgeben.

Wien, 23. Juli. Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ erklärte der serbische Ministerpräsident Paschitsch in einem Interview: „Wir werden alles mögliche anbieten, damit die durch die Serajewer Vorfälle entstandene unangünstige Situation sich verbessere und damit nicht die ganze serbische Nation für das Leide, was ein Individuum in seiner Unüberlegtheit getan hat, dessen Geisteszustand höchstwahrscheinlich anormal ist. Um unseren guten Willen und unsere Bereitwilligkeit zu zeigen, erkläre ich, daß wir eine vollkommene Satisfaktion bieten und daß wir sofort alle jene Personen unter Untersuchung und vor Gericht stellen werden, die sich auf unserem Boden befinden, wenn das Verhör erwiesen hat, daß sie Mitwisser bei dem schrecklichen Verbrechen in Serajewo waren.“

Der Caillaux-Prozeß.

(Paris, 23. Juli.)

In der heutigen Verhandlung gegen Frau Caillaux waren die Zeugenaussagen über die intimen Briefe bisweilen einander widersprechend.

Der Chefredakteur des „Pariser Journal“, Verboort, sagte aus, daß Frau Gueydan, die erste Frau von Caillaux, zu einer Zeit, die er nicht genau angeben könne, ihm gegenüber den lebhaftesten Wunsch geäußert habe, die Caillaux an Frau Raouard geschriebenen Briefe veröffentlicht zu sehen. Verboort versicherte, er sei der Ueberzeugung, daß Calmette die intimen Briefe niemals veröffentlicht hätte; er glaube jedoch, daß Frau Caillaux, die den Charakter Calmettes nicht kannte, diese Veröffentlichung habe fürchten können.

Darauf wurden Kainlebs und Coston Dreyfus einander gegenübergestellt, ohne daß dadurch ein Ergebnis erzielt wurde. Kainlebs hielt seine Behauptung aufrecht, Dreyfus habe zu ihm von intimen Briefen gesprochen. Er habe ihm gesagt, er kenne sie nicht.

Frau Gueydan, geschiedene Caillaux, die darauf benommen wurde, daß um die Erlaubnis, Aufzeichnungen benützen zu dürfen, um einen Berg von Lügen niederzureißen. Der Vorsitzende erklärte, daß sie sprechen solle, ohne Aufzeichnungen zu benützen, wie jeder andere Zeuge. Der Verteidiger Labori rief Frau Gueydan, sich auf die Zeugniskontrolle zu beschränken, falls sie nicht wolle, daß er ihr entgegenstehe. Ein neuer Zwischenfall ereignete sich zwischen ihr und Labori; als sie Aufzeichnungen benutzte und als Labori sagte, daß Frau Gueydan ihm nur bedingt Erlaubnis gegeben habe, erhob sich Unruhe im Saale. Der Vorsitzende richtete darauf Fragen an Frau Gueydan. Sie erklärte, daß ihre erste Ehe mit Caillaux sehr harmonisch gewesen sei und daß sie den veröffentlichten Brief 1908 von Caillaux erhielt. Frau Gueydan erklärte, als sie im Mai 1909 von den Beziehungen ihres Gatten erfuhr, hat dieser sie um Verzeihung. Sie verzichtete ihm auch, doch nahm ihr Gatte die Beziehungen von neuem auf und reiste schließlich ins Parteidepartement. Damals fand sie in dem Schreibtisch ihres Gatten zwei Briefe, die von diesem und Frau Raouard zu dem Zwecke angefertigt seien, um den Glauben zu erwecken, es beständen keine intimen Beziehungen zwischen ihnen.

Caillaux hörte sehr aufmerksam der Aussage der Frau Gueydan zu, die mit sehr leiser Stimme fortsetzend einstand, die intimen Briefe in Ramers aus dem Schreibtisch ihres Gatten genommen zu haben, um bei dem Ehebruchverfahren nicht ohne Waffen zu sein. Caillaux mochte alle Anstrengungen, um die Briefe wieder in seinen Besitz zu bringen, die sie ihm zurückzugeben sich standhaft weigerte, da in einem dieser Briefe Caillaux anerkannte, daß er ihr nicht vorzuziehen habe.

Frau Gueydan erklärte, sie habe nach der Ehescheidung kein Uebereinkommen geschlossen über die beiderseitige Korrespondenz mit Caillaux. Sie erhob lebhaften Widerspruch gegen die Anträge, die im Zusammenhang mit ihrer Ehescheidung angezettelt seien.

Um 1/3 Uhr wurde die Verhandlung inmitten einer ungeheuren Aufregung unterbrochen.

Um 3 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Im Saale herrschte ein ungeheurer Andrang von Beamten und Politikern, die sich bis hinter die Stühle des Gerichtshofes drängten.

Frau Gueydan fuhr fort: Es fand kein Vergleich statt. Caillaux wandte sich nur mit Witten an mich. Man will versuchen, mir die Verantwortung an Verbrechen zuzuschreiben und versucht, auf diese Weise mildernde Umstände zu erlangen. (Unruhe.) Frau Gueydan fuhr nachdrücklich fort: Alles, was die Angeklagte sagte, ist falsch, ebenso ist alles, was Caillaux sagte, falsch. Die Zeugin hat um die Erlaubnis, einen Brief zu lesen zu dürfen, den sie dem Präsidenten ausshändigte.

Nach längerer Auseinandersetzung mit dem Verteidiger Labori nahm Frau Gueydan den Brief, den sie dem Präsidenten ausshändigt hatte, zurück und fuhr in ihrer Aussage fort, indem sie wiederholte: Es hat kein Vergleich stattgefunden. Frau Gueydan schien von ihren Erinnerungen übermächtig zu werden und erklärte: Ich weiß nicht mehr, wo ich bin. Dann sprach sie weiter: Caillaux habe in gewissen Augenblicken andächtigend beabsichtigt, sich von diesem Verhältnis loszureißen, aber diese Person habe ihre Weite immer wieder festgehalten. Als sich darauf im Saale Unruhe erhob, wandte sie sich dem Saale zu und wiederholte mit Nachdruck: Sie hat ihre Weite wieder genommen. Dann sagte sie: Ich habe diese Briefe gegen ein Wort gegeben, das man brach, und seit der Rückkehr nach Paris ging das Verhältnis weiter. Am 30. Juni stellte man mir die Photographien der Briefe zu mit den Worten: Sie werden sie vielleicht eines Tages brauchen. Ich habe es Herrn Ditté gesagt, der das Scheidungsurteil aussprach, und Caillaux, trotz seiner Macht — denn er ist sehr mächtig — hat nie die Scheidung gegen mich durchsetzen können, denn man hätte nie etwas gegen mich sagen können.

Frau Gueydan beklagte sich weiterhin, daß man heute verfuhr, ihr einen Teil der Verantwortlichkeit an dem Drama aufzubürden. Sie erklärte, sie habe die Photographien der Briefe, die sie seit dem 30. Juni 1910 in ihrem Besitze befänden, ihrer Schwägerin gegeben und niemand habe sie bekommen können. Sodann dementierte sie in entschiedener Weise die Aussagen des Herrn Verboort. Sie habe, als Abel Bonnard, von Calmette geschickt, sie um die Erlaubnis gebeten habe, den „Dein No“ unterzeichneten Brief veröffentlicht zu dürfen, darüber nicht sprechen wollen. Man spräche immer von zwei intimen Briefen. Es gebe deren viel mehr. Die Zeugin beschwor, Calmette keinerlei Mitteilungen gemacht zu haben.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Chenu erklärte Frau Gueydan, daß die in ihrem Besitze befindlichen Briefe nichts als Publikation Interessierendes enthielten. Sie habe sie übrigens bei sich. Chenu fragte, ob sie darauf bestände, sie nicht veröffentlicht zu lassen. Unter großer Spannung der Zuhörer erklärte Frau Gueydan, nachdem sie einen Augenblick geögert hatte, entschlossen: Jawohl, ich weigere mich! Chenu bestand auf seinem Verlangen. Frau Gueydan antwortete: Ich

erkläre Ihnen, diese Briefe interessieren nur mich! Chenu entgegnete: Man wird Ihnen keinen Glauben schenken. (Bewegung.) Frau Gueydan entgegnete: Wenn die Briefe etwas Politisches enthalten, dann sind sie für Caillaux durchaus ehrenhaft. Heute, die erklärt haben, sie kennen die Briefe und ihren Inhalt, haben gelogen. Chenu entgegnete: Man wird Ihnen nicht glauben. Labori erklärte darauf, er würde der Zeugin keine weiteren Fragen stellen. Er neigte sich tief gerührt vor ihrem Schmerze. Chenu bestand weiter auf seinem Verlangen, damit volle Klarheit geschaffen würde. Frau Gueydan schlug darauf vor, sie werde die Briefe Labori einhändigen, der damit nach seinem Belieben verfahren könne.

Darauf wurde die Sitzung unterbrochen. Frau Gueydan verließ die Zeugenbank, wobei ihr Ovationen bereitet wurden. Die Unterbrechung der Sitzung dauerte längere Zeit. Eine außerordentliche Erregung herrschte im Saal und im ganzen Justizpalast.

Um 5 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Unter tiefem Schweigen erklärte Labori, Caillaux wünsche noch mehr aufgerufen zu werden. Chenu verlangte, daß Frau Gueydan Labori die Briefe einhändige. Darauf überreichte Frau Gueydan das Paket mit den Briefen mit den Worten: Hier ist das Paket mit den Briefen, die ich in Ramers an mich genommen habe. Labori erklärte darauf, er behalte sich die Verwendung der Briefe vor. Er fügte hinzu, daß, was er auch immer damit tun würde, die Zeuginen sicher sein könnten, daß sie von diesen Schriftstücken Kenntnis erhalten würden. Frau Gueydan legte darauf auf ihren Platz zurück.

Caillaux sagte: Ich kann nicht in der Lage bleiben, die mir die Erklärung der Frau Gueydan geschaffen hat. Labori habe recht daran getan, Frau Gueydan zu danken. Er sagte: Die Beschimpfung kommt nicht von uns. Sie zu den Pressebanken wendend, sagte er: Man hat sich geirrt, daß Frau Caillaux selbst die Veröffentlichung dieser Briefe verlangt hat. Meine Frau war durch die beabsichtigte Veröffentlichung dieser Briefe erschüttert worden, aber nach dem Drama, nachdem sie gesehen hat, wie alles entfiel worden war, erklären Sie sich nicht, daß sie sie zu veröffentlichen wünsche, um die Wahrheit wiederherzustellen? Caillaux beklagte sich, daß man ihm gegenüber Verfahren angewandt habe, die man bisher nie gekannt habe. Er sagte, aber dies nur nebenbei, aber mit allen Kräften bin ich mit ihr; ich möchte an ihrer Seite sein. Dabei wies er auf Frau Caillaux hin. Diese wurde in diesem Augenblick von heftigen Schlägen erschüttert. Indem er sich gegen Frau Gueydan wandte, sagte er: Ich habe nur ein Unrecht begangen, nämlich dich zu heiraten. Darauf antwortete Frau Gueydan: Sie sind im Begriffe, sich selbst Schande anzutun. (Andauernde Bewegung.) Ich werde mir keine Schmach antun. Der Zusammenstoß unserer beiden Naturen war derart, daß wir nicht zusammen leben konnten. Die Sorge um meine Würde gestattete mir nicht mehr, mit Ihnen zu leben. Frau Gueydan verfuhr sie zu protestieren, aber Caillaux sagte weiter: Sie wollten nicht die Ehescheidung? Trotzdem bin ich darin für das Recht, das ich hatte, reichlich bestraft worden. Frau Caillaux brach bei diesem Auftritt in heftiges Schluchzen aus. Caillaux sagte: Erst seitdem ich meine jetzige Frau geheiratet habe, war ich vollkommen glücklich. Zu Frau Gueydan gewandt, die bei diesem Satz in die Höhe geschnellt war: Das enthält keinerlei Beleidigung für Sie. Barthou erklärte, daß er auf dringendes Ansuchen des früheren Ministerpräsidenten Doumergue Calmette gebeten habe, das grüne Dokument und das Protokoll Fabre nicht zu veröffentlichen. Calmette habe darauf geantwortet, wenn er diese Schriftstücke nicht veröffentlichen, dann bestige er überhaupt keine Waffe mehr gegen Caillaux und müsse seine Feder einstellen. Mit großer Entschiedenheit leugnete der Zeuge ab, daß ihm Frau Gueydan die vielbesprochenen Briefe gezeigt habe. Caillaux antwortete dann, daß Barthou selbst ihm dies erzählt habe, während Barthou dies ebenso entschieden als Irrtum bezeichnete.

Labori bemerkte, es sei kein Zweifel, daß beide Zeugen guten Glaubens seien.

Sieauf wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

Badische Politik.

Der badische Landtag und die Eisenbahner.

Das Organ des Badischen Eisenbahnerverbandes „Der Badische Eisenbahner“, hat sich in seinen beiden letzten Nummern mit den Verhandlungen von Eisenbahnerfragen auf dem letzten Landtag eingehend beschäftigt. In seinen Schlußbetrachtungen heißt es:

„Und nun möchten wir schließen mit dem zusammenfassenden Urteil, daß wir das vom Landtag für die Eisenbahner Beschlossene als eine erfreuliche Verbesserung anerkennen und zugeben, daß nach Lage der Verhältnisse der Landtag getan hat, was ihm möglich war. Möge er auch weiterhin sich seiner großen Verpflichtungen sozialer und wirtschaftlicher Natur den Eisenbahner gegenüber bewußt bleiben und möge auch die Eisenbahner durch Zusammenhalt und Vereinhaltung ihrer Wünsche dem Landtag die Arbeit erleichtern und vor allen Dingen ihm den nötigen Halt zur Erfüllung weiterer Wünsche geben, damit gesunde und ruhige Verhältnisse beim Eisenbahnerpersonal eintreten zum Wohl und Segen des Staates, wie aller der dem Eisenbahnertransport sich anvertrauenden Menschen.“

Der schwarze Großklub in Redarhausen.

Redarhausen, 23. Juli. Haß und Rache gegen den liberalen Ortsverein und seinen Vorstehenden hatten die Zentrumslitung so blind gemacht, daß sie ein Bündnis mit der Sozialdemokratie einging. Die Kandidaten der schwarz-roten Verbrüderung wurden, wie nicht anders zu erwarten war, gewählt, und zwar Fischer Karl Meh. (Soz.), Joh. Bach (Zentr.) und Gärtner Georg F. (Zentr.). Doch brachten es auch die Liberalen und ein Teil der Zentrumskräfte, die nicht sozialdemokratisch wählen wollten, auf 121 Stimmen. Von 376 Wählern stimmten 43 nicht ab, darunter der größte Teil Zentrumskräfte, denen wahrscheinlich die schwarz-rote Freundschaft wider den Strich ging. Im ganzen haben etwa 60 Wähler (von 170) der Parteileitung des Zentrums keine Folge geleistet; ob sie alle „fliegen“, weiß man noch nicht.

Aus dem Großherzogtum.

Künftliche Nachrichten.

- Der Großherzog hat dem Bahnmärker Nikolaus Zimmermann auf Kosten 82 der Main-Redarbahn, Gemartung Schweigen, die kleine goldene Verdienstmedaille und dem Bahnwärter Johann Pfleger auf Kosten 60 der Main-Redarbahn, Gemartung Laudenbad, die silberne Verdienstmedaille verliehen.
- dem Oberjägermeister und Kammerherrn Wilhelm Freiherrn von Seideneck in Karlsruhe die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Großkreuzes des Groß. Medlenburgischen Ordens verliehen.
- den Bezirksassistenten Dr. Karl Schäfer in Pforzheim zum Bezirksarzt in Trübingen ernannt;
- den Obersteuerinspektor Hermann Wagner bei der Zoll- und Steuerdirektion unter Verleihung des Titels Finanzrat zum Kollegialmitglied dieser Behörde ernannt;
- die nachverzeigten Beamten Landesfürsorge ange stellt; den Landesfürsorge Karl Kühler in Pforzheim, den Kreisrat Karl Schmitz

besetzt beim Verwaltungshof unter Ernennung zum Oberberrichter, den...

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen...

Das Ministerium des Innern hat den Amtsleiter Alfred Schreyer...

Karlsruhe, 23. Juli. Der nächste Lehrkurs an den...

Frobenheim, 23. Juli. In den Jahren 1912 und 1913...

Freiburg, 23. Juli. Dem Bürgerausschuss war in...

Freiburg i. Br., 23. Juli. Wie die „Oberbadische Volkszeitung“...

Waldshut, 23. Juli. Der Gemeinderat beschloss vorberathlich...

Der Badische Landesverein der Kaiser Wilhelm-Stiftung...

veröffentlicht seinen Jahresbericht für das Jahr 1913/14...

Militärdienstnachrichten.

Zum Lt. der Inf. befördert: der Vizewachtmeister Böker...

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 23. Juli 1914. Errichtung eines Submissionsamtes. Die Handelskammer...

in Wirklichkeit treten zu lassen. Weiter wurde die Errichtung...

Stat. A. Auf der städtischen Straßenbahn wurden im Monat Juni...

Das städtische Luftbad am Rheinhafen wird voraussichtlich...

Sammerthaler. Heute wird an Stelle der Operette „Der liebe Augustin“...

Letzte Telegramme.

Leipzig, 24. Juli. Für seine Verdienste um das vorjährige...

Spienage.

Paris, 24. Juli. Den Blättern zufolge soll bei dem Abbe...

Der italienische Eisenbahnerstreik.

Rom, 23. Juli. Das „Giornale d'Italia“ schreibt: Obwohl die...

Die Arbeiter-Unruhen in Petersburg.

Petersburg, 23. Juli. Die Streiklage ist unverändert. Es streiken...

Bermischte Nachrichten.

Dresden, 24. Juli. In Niedergorbig hat der Schlosser Simmel...

Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

Newport, 23. Juli. In Bridge Port (Connecticut) sind zwei...

Unwetter.

Fulda, 23. Juli. Ein schwerer Wolfenbruch ging heute über die...

Berlin, 23. Juli. (Ausschnitt). Durch Hochwasser und Infolge...

Jülich, 24. Juli. Gestern Abend trat fast in der ganzen Schweiz...

Paris, 24. Juli. Aus den Departements Savoyen und Haute-Savoie...

Konstantinopel, 24. Juli. Ein Wolfenbruch richtete an der anatolischen...

Schiffsunfall.

Stettin, 23. Juli. Der Dampfer „Berlin“ der Swinemünder...

Swinemünde, 23. Juli. Der Dampfer „Berlin“ vom Swinemünder...

Geriichtsverhandlungen.

Zwei schwere Jungen.

Karlsruhe, 23. Juli. Heute sahen auf der Anklagebank des...

Anfangs Dezember d. J. wurde im Durlacher Wald beim Bassen...

Bei der Durchsuchung in der Denglerischen Wohnung fand man...

Canova stellte vom vornherein jede Täterschaft an den ihm zur...

Seute legt er ein Geständnis ab; er hatte sich im Bahnhofs hier...

Das Urteil gegen Canova lautete auf 7 Jahre Zuchthaus und 10...

Knabens Pensionat Goetheschule, Offenbach a. M.

Privat-Real- und Handelschule, errichtet für Knaben und Mädchen...

